**Die Kriegssession des ungarischen Reichstages.
Sitzung des Magnatenhauses.**

Budapest, 21. Mai.

Heute vormittag um 11 Uhr trat das Magnatenhaus unter dem Vorsitze des Präsidenten Baron Samuel Josika zu einer Sitzung zusammen. Nach Verlesung des Einlaufes stellte Ministerpräsident Graf Tisza den Antrag, das Haus möge den vom Abgeordnetenhaus bereits erlegigten Gesetzentwurf über die Gerichtsbarkeit in Wahlangelegenheiten mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage mit Umgehung der Ausschussberatung sofort dringlich im Plenum zu verhandeln.

Das Magnatenhaus beschloß in diesem Sinne.

Hierauf ergreift Graf Aurel Deseffy das Wort zu einer Anfrage, betreffend die Forderungen Italiens an die österreichisch-ungarische Monarchie, die wir im Abendblatte veröffentlichten.

Die Gesetzentwürfe, betreffend die Erweiterung der Ausnahmungsverfügungen im Kriege sowie betreffend Abänderung von Lieferungsmissbräuchen und betreffend die vermögensrechtliche Haftbarkeit von Vaterlandsverrättern werden nach kurzer Debatte im allgemeinen und in den Details unverändert angenommen.

Es folgt die Verhandlung des Budgetprovisoriums für die erste Hälfte des Budgetjahres 1915/16.

Graf Adar Szechenyi (oppositionell) führt aus, er lehne die Vorlage ab, da er mit Rücksicht auf seine Parteistellung kein Vertrauen zur Regierung hege. Seitdem der große Selbstverteidigungskampf der Monarchie aufgezwungen worden sei, habe die Opposition das loyalste Verhalten bekundet, während die Regierung doch immer nur auf die Interessen ihrer Partei Bedacht nehme, wie die Vorlage über die Kurialgerichtsbarkeit in Wahlangelegenheiten beweise. Redner mißbilligt es, daß in den jetzigen schwierigen Zeiten nicht eine aus Männern aller Parteien bestehende Regierung eingesetzt worden sei.

Redner kritisiert sodann die Maßnahmen, welche die Regierung im Interesse der allgemeinen Verpflegung traf und welche dazu führten, daß in einem ausgesprochen agrarischen Lande wie Ungarn das Brot teurer sei wie in Deutschland. Angesichts des Umstandes, daß aller Voraussicht nach eine sehr gute Ernte zu erwarten sei, halte Redner die Aufrechterhaltung der Maximalpreise sowie der Bestimmungen über die Requirierung und Beschlagnahme des Getreides für bedenklich. Die Ausschaltung des Handels liege weder im Interesse des konsumierenden Publikums noch der Landwirte; wenn aber die Regierung schon die Maximalpreise aufrechterhalten wolle, mögen wenigstens die Verfügungen über die Requirierung und Beschlagnahme aufgehoben werden, da sie durchaus nicht zweckentsprechend seien.

Redner reflektiert schließlich auf die Aeußerung des Ministerpräsidenten, wonach die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes ein nationales Unglück wäre, und fragt, wie lange der Ministerpräsident mit der Erteilung der bürgerlichen Rechte warten wolle, da ja die ungarische Nation in dieser historischen Epoche einen glänzenden Beweis dafür geliefert habe, daß sie der bürgerlichen Freiheiten würdig sei. Redner lehnt die Vorlage ab.

Ministerpräsident Graf Tisza über die Ernährungsfrage.

Ministerpräsident Graf Tisza erklärt: Der heutige Zeitpunkt ist für die Erörterung parteipolitischer Fragen nicht geeignet. Die Regierung war seit Kriegsausbruch in der skrupulösesten Weise bemüht und wird auch bis zur Beendigung des Krieges bemüht sein, jeden parteipolitischen Kampf zu eliminieren und sieht mit Befriedigung das gleiche Bestreben auch bei der Opposition; denn in den Stunden der großen Gefahr und des nationalen Ruhmes und, wie wir hoffen, in den Stunden der nationalen Erfolge, schweben nur jene großen Fragen vor uns, deren Lösung unser harret. (Lebhafter Beifall.)

Der Ministerpräsident weist sodann den Vorwurf der Parteiherrschaft zurück, und erklärt mit Bezug auf die Unterbreitung der Vorlage, betreffend die Kurialgerichtsbarkeit, daß die Vorlage unbedingt notwendig war, und daß die endgültige Lösung der Frage der Judikatur in Wahlangelegenheiten ruhigeren Zeiten nach dem Krieg vorbehalten bleiben müsse.

Was den Vorwurf betreffe, daß die Regierung die Entscheidung der vorjährigen Ernte zu spät in Angriff genommen hätte, verweist der Ministerpräsident darauf, daß zu Kriegsbeginn nicht nur die Regierung, sondern der größte Teil der Landwirte selbst nicht wissen konnte, wie schlecht die Ernte sein werde. Die Schätzungen, welche auf Grund der Ergebnisse der ersten Hälfte der Durschperiode vorgenommen wurden, zeigten

noch immer nicht, wie schlecht das Endergebnis sein werde. Dazu kam noch, daß ein sehr großer Teil des galizischen Gebietes, daher auch die Ernte, in Feindeshand gelangt ist, während die Konjumenten uns geliebt sind. Auch glaubten wir, daß die sehr hohen Preise eine gewisse einschränkende Wirkung auf den Konsum haben werden, worin man sich gleichfalls täuschte, da die unteren Volksschichten infolge des Krieges zu Geld gekommen seien und auch die höheren Preise bestreiten konnten. Unter der Einwirkung dieser Verhältnisse, fährt der Ministerpräsident fort, trat zu Ende des Jahres die Frage der Ernährung mit ihrem ganzen Ernste an uns heran, und wir trafen auch die entsprechenden Verfügungen, so daß ich zu behaupten wage, daß in Ungarn von einer Hungersnot nicht gesprochen werden kann. Die Bevölkerung wird bis zu der nahen Ernte mit Lebensmitteln versehen sein. In diesem Belange ist die Lage als vollkommen gesichert anzusehen. Ich will durchaus nicht behaupten, daß diese Lage, welche auch gegen Hungersnot schützt, für die ärmeren Volksschichten einen sehr wünschenswerten Zustand schaffen würde. Die ärmeren Volksschichten bekommen heute viel weniger Brot von viel geringerer Qualität als sie bisher gewohnt waren. Der Umstand, daß die ungarische Nation und jedes Mitglied der ungarischen Gesellschaft diese Entbehrungen mit jenem Heldennut erträgt, welchen wir auch in anderen Relationen des Krieges wahrnehmen, ist einer der hervorragendsten Charakterzüge, auf die wir alle stolz sein können.

Ich versichere, daß der Vorredner mit den Bedenken, die er gegenüber einer staatlichen Einmischung bei der Preisfestsetzung und bei den Requirierungen zum Ausdruck brachte, bei mir auf eine sehr verwandte Seele stößt. Auch ich hege tiefe Skepsis gegenüber der staatlichen Omnipotenz. (Zustimmung.) Ich bin überzeugt, daß das wirtschaftliche Leben in seiner automatischen freien Wirksamkeit diese Frage viel besser und zweckmäßiger löst als die staatliche und behördliche Einmischung (Zustimmung), so daß mich unter allen Umständen bloß der äußerste Zwang dazu veranlaßt, auf dem einen oder anderen Wirtschaftsgebiete zuzustimmen, daß der Staat die volle freie Wirksamkeit der geschäftlichen Kräfte übernehme und sie durch seine viel kraftlosere, unzulänglichere und gröbere Einmischung ersetzen wolle. Vielleicht sind wir auch deshalb ein wenig mit unseren Maßnahmen bezüglich der vorjährigen Ernte zu spät gekommen, weil wir all die Nachteile voraussahen, mit welchen das System der Preisfestsetzung und Requirierung verbunden ist. (Zustimmung.)

Wenn ich nun trotz alledem glaube, daß wir während der Dauer des Krieges diese behördlichen Maßnahmen auch bezüglich der nächsten Ernte nicht entbehren können, so veranlaßt mich hiezu ein Umstand, welcher der Aufmerksamkeit des Vorredners, wie es scheint, entgangen ist, nämlich der Umstand, daß wir während der Kriegsbauer nicht nur mit Oesterreich, sondern auch mit Deutschland eigentlich ein Konsumgebiet bilden. Während der Kriegsbauer müssen wir nicht nur darauf sehen, daß die ungarische Ernte instande sein soll, die Bedürfnisse des ungarischen Konsums zu befriedigen, sondern auch für den Mangel in Oesterreich und in gewisser Beziehung auch für den Mangel im Deutschen Reich Ersatz zu schaffen. Nachdem der auf das ganze Wirtschaftsjahr sich beziehende Mangel in Oesterreich und Deutschland unbedingt größer ist als das Quantum, welches Ungarn entbehren kann, müssen wir vorsichtig sein und rechtzeitig Maßnahmen treffen, welche uns dessen versichern, daß aus dem Gebiete Ungarns nicht mehr Brotfrucht herausgeht, als der ungarische Konsum entbehren kann. (Zustimmung.) Dies ist der Umstand, wegen dessen wir, wenn auch nur sehr ungern, diese mir durchaus nicht angenehme Maßnahme für die Ernte des Jahres 1915 treffen.

Der Ministerpräsident wiederholt schließlich, daß er sich jetzt mit politischen Fragen nicht beschäftigen wolle. Er wolle daher auch nicht auf eine Erörterung über die Wahlrechtsfrage eingehen, da ja doch Gelegenheit sein werde, sich in Zukunft mit dieser Frage zu beschäftigen. Er wolle nur darauf hinweisen, daß es gefährlich sei, unter dem Eindruck gewisser Gefühle in den Organismus der Nation einschneidende Fragen zu verhandeln. Wenn irgend jemand, so fühle er mit ganzer Wärme und ganzem Stolze den Dank und die Anerkennung, welche die ungarische Nation dem Heldennute ihrer Söhne schulde. Aber sein Verantwortungsfühl gebiete ihm, diesen Gefühlen nicht durch solche organische Schrumpungen Ausdruck zu geben, die, jetzt im Momente des Enthusiasmus verwirklicht, sich später an unseren Nachkommen rächen könnten. (Beifall.)

Der Ministerpräsident bittet schließlich um Annahme der Vorlage.

Finanzminister Dr. Tellezky ergreift das Wort, um einige Behauptungen des Grafen Szechenyi zu berichtigen, indem er unter anderm erklärt, daß die zur Hebung der Bautätigkeit von der Regierung unternommenen Schritte es ermöglichen werden, daß das Baugewerbe nach Kriegschluß den gewünschten Aufschwung nehme.

Nachdem noch Graf Johann Hadik zur Vorlage gesprochen, wird dieselbe im allgemeinen wie in den Details angenommen.

Ebenso werden die übrigen auf der Tagesordnung befindlichen Gesetzentwürfe und Berichte erledigt.

Schluß der Sitzung 3 Uhr.